

ehemals der "Initiative Innerer Frieden" zugehörige Personen in die "Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V." fest integriert. (So ist eine frühere DDR-Bürgerin seit ihrer im Juni 1988 erfolgten Übersiedlung als Sekretärin der "AG" tätig.) Darüber hinaus wurden in der als Pressecommuniqué bezeichneten Hetschrift der Feindorganisation "Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V." vom 12. 2. 1988 ein Positionspapier der sogenannten "AG Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" abgedruckt sowie operativen Erkenntnissen zufolge im Rahmen der Pressekonferenz vom 12. 2. 1988 an ca. 30 Vertreter westlicher Medien neben diesem Pressecommuniqué auch Untergrundzeitungen aus der DDR, wie "Grenzfall", "Umweltblätter", "Fliegende Papiere" aus dem Jahre 1987 übergeben. Ihre Rückverbindungen zu Personen, aus denen im September 1988 der "Arbeitskreis Gottesdienste für Gerechtigkeit und Frieden" der Bekenntniskirche Berlin-Treptow hervorging, aktivierend, bestärkten die ehemaligen DDR-Bürger diese in ihrem Handeln, sicherten Unterstützung zu und forderten Informationen, wie Daten zur Person von Übersiedlungersuchenden sowie zum Antragsgeschehen ab. Gleichzeitig wurden durch die ehemaligen DDR-Bürger zur Druckausübung auf die DDR am Sitz der "AG" am Grenzübergang Checkpoint Charly, Plakataktionen, Mahnwachen und andere Provokationen durchgeführt. In Fortführung der Zielstellung ließ die "AG 13. August" die Provokateure vom 17. 1. 1988 im Zusammenhang mit dem Erlaß der Reiseverordnung der DDR vom 30. 11. 1988 zu Wort kommen, wobei die neuen Bestimmungen als "Verschlechterung der Lage der Ausreisewilligen in der DDR" charakterisiert und auf anti-sozialistische Aktionen zu gesellschaftlichen Höhepunkten in der DDR orientiert wurde.

Die Untersuchungsergebnisse bestätigen erneut die besondere Rolle, die die Massenmedien in der BRD und in Westberlin bei der Aufwiegelung von Bürgern der DDR zur Begehung von Handlungen gegen die Rechtsordnung ihres Landes spielen und